

Klimawandel in Kenia

Wie falsche Klimaschutzmaßnahmen das Recht auf Nahrung bedrohen

Die im Dezember 2011 erschienene Studie *Human Rights, Climate Change, and Climate Policies in Kenya* dokumentiert, wie die Folgen des Klimawandels zu einer Bedrohung für lokale Bevölkerungen in Kenia werden. Erstens führen die durch den Klimawandel bedingten ausbleibenden Regenfälle zu Wassermangel und Ernteausfällen. Zweitens locken noch relativ feuchte und fruchtbare Gebiete wie das Tana Delta Investoren an, die auf riesigen Feldern unter anderem Jatropha und Zuckerrohr zur Agrartreibstoffproduktion anbauen. In Gegenden, wo traditionell NomadInnen mit ihrem Vieh ein Refugium während Trockenzeiten finden, führen die langanhaltenden Dürren dazu, dass immer mehr NomadInnen aus einem immer weiteren Umkreis Zuflucht im Delta suchen. Dadurch steigt der Viehbestand dramatisch, das Weideland wird knapp, KleinbäuerInnen vertreiben vorbeiziehende Rinderherden von ihren Äckern. Diese Spannungen werden durch das Zusammenspiel aus Klimawandel und Agrarinvestitionen noch verschärft: Sowohl die Konflikte zwischen NomadInnen und BäuerInnen als auch die Auseinandersetzung zwischen lokaler Bevölkerung und dem kenianischen Staat spitzen sich zu. Kenias neue Verfassung gibt Anlass zur Hoffnung, bis diese jedoch 2015 in Kraft tritt, herrscht in vielen Bereichen, wie zum Beispiel der zentralen Frage nach Zugang zu Land, Rechtsfreiheit.

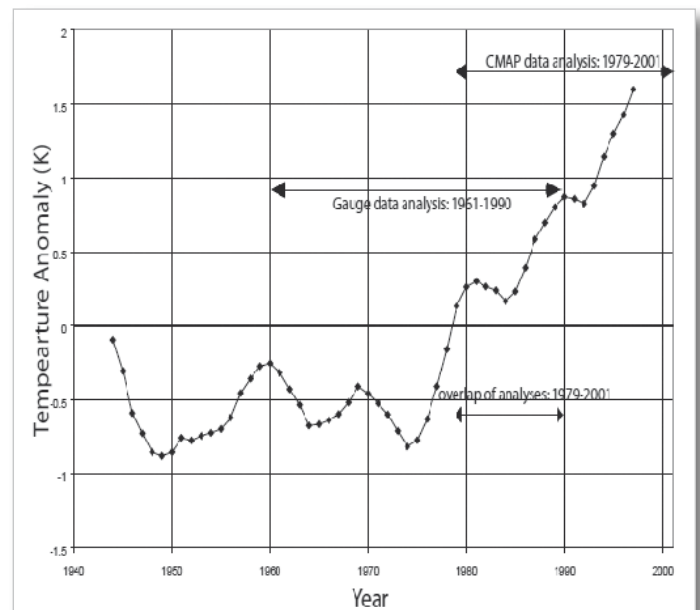
Heiß und trocken

Die Folgen des Klimawandels in Kenia sind bereit heute gut erkennbar. Steigende Temperaturen führen zu zunehmender Wasserverdunstung, die Gletscher des Mount Kenia schmelzen ab und die Frequenz extremer Wetterereignisse hat in den vergangenen Jahren merklich zugenommen. Dazu gehört auch eine deutliche Zunahme von Dürren, was unter anderem zu einem dramatischen Rückgang des Grundwasserspiegels führt. Ausbleibende Niederschläge – vor allem in den nördlichen, nordöstlichen Regionen und an der Küste zu beobachten – beschleunigen die Abnahme von Grundwasservorräten.¹

Die kenianische Regierung hat in den vergangenen Jahren nur unzureichende Klimaschutzstrategien erarbeitet. Eine dieser Strategien stellt die Ausweitung von Anbaugebieten für Energiepflanzen zur Produktion von Agrartreibstoffen dar.²

Das Tana Delta im Norden Kenias ist eines der für Investitionen dieser Art vorgesehenen Gebiete.³ Auch hier sind die Folgen des Klimawandels bereits deutlich spürbar. Durch den Anstieg der Temperatur führen die das Delta durchfließenden Flüsse Tana und Nzoia zwar, so lange die Gletscher des Mount Kenia abschmelzen, während der Trockenzeiten mehr Wasser und können fehlende Niederschläge ersetzen. Doch sobald die Schmelzwassermengen zurückgehen, werden auch die Wasserstände der Flüsse merklich geringer werden.⁴

Die im Tana Delta lebenden Menschen, in erster Linie NomadInnen, KleinbäuerInnen und Jäger und SammlerInnen, sehen sich bereits heute einer zunehmenden Wasserknappheit ausgesetzt. Gleichzeitig erhöht sich das Risiko von Überschwemmungen,



Jahresdurchschnittstemperatur, 1960 bis 2000
Quelle: Schreck/Semazzi (2003: 33)

welche die lokale Bevölkerung dazu zwingen in immer größerer Entfernung des Flusses zu siedeln.

Verfehlte Klimapolitik

Bis heute hat die kenianische Regierung keine ausreichenden Strategien und Gesetze entworfen, die den Klimawandel und seine Folgen für die menschenrechtliche Situation in den am stärksten betroffenen Regionen in den Fokus rücken. Zwar wurde im Jahr 2010 eine nationale Strategie zur Frage wie den möglichen Folgen des Klimawandels in Kenia entgegen zu wirken

1 Schade, Jeanette (2011) *Human Rights, Climate Change, and Climate Policies in Kenya*, 15.
2 Ebd. 19ff.
3 FIAN (2010) *Landgrabbing in Kenia*, Dezember 2010, 2.
4 Schade, Jeanette (2011) *Human rights, climate change, and climate policies in Kenya*, 15.



Ausgetrocknetes Wasserloch im Dorf M'koko, Tana Delta, August 2008. © Anton Pieper

sei, veröffentlicht, diese wird jedoch kaum in andere Politikfelder mit eingebunden.⁵

Ein weiteres in diesem Kontext zu nennendes Dokument stellt die Kommunikation der kenianischen Regierung an das UNFCCC⁶ dar. In diesem wird ein dreigliedriger Zugang zur Minderung der Folgen des Klimawandels empfohlen: Eine Rekultivierung von Wäldern und ein nachhaltiges Waldmanagement, den Schutz von bedrohten Arten und CO₂- Handel.⁷

Letztgenannte Maßnahme geht mit der Empfehlung einher, Jatropha-Plantagen für die Erzeugung von Agrartreibstoffen in großem Maße in Kenia zu kultivieren, um an den internationalen Emissionsmärkten handeln und den nationalen CO₂-Ausstoß durch die Reduzierung der Abhängigkeit von Holzbrennstoffen kompensieren zu können. Der Anbau von Pflanzen für die Agrartreibstoffproduktion führt jedoch zu einer Konkurrenz um Land- und Wasserressourcen mit der Nahrungsmittelproduktion.

Gleichzeitig setzt die kenianische Regierung zunehmend auf eine Kommerzialisierung der Landwirtschaft, um die Ernährungssicherheit bei anhaltendem Bevölkerungswachstum sicherstellen zu können und um diesen Sektor profitabel und international wettbewerbsfähig zu machen. Nahrungsmittel

sollen also verstärkt für den Export produziert werden.⁸ In allen Veröffentlichungen der kenianischen Regierung bleibt diese die Antwort auf die Frage schuldig, wie eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion die Ernährung der Bevölkerung sichern kann, wenn gleichzeitig die Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Agrartreibstoffproduktion um Landflächen wächst.

Die falsche Lösung: kenianische Agrartreibstoffpolitik

Obwohl eine kohärente Strategie gegen die Auswirkungen des Klimawandels noch in den Kinderschuhen steckt, ist die Agrartreibstoffproduktion in Kenia auf dem Vormarsch. Das ist mit einer Reihe von Risiken verbunden.

Es wird immer wieder propagiert, dass für die Produktion von Agrartreibstoffen nur „ungenutztes“ Land vorgesehen ist. Gesehen den Fall, dass es in Kenia überhaupt ein solches Land gibt, führt diese neue Form der Landnutzung dennoch zu einer Konkurrenz um Böden, die dringend für die Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion benötigt werden, um Kenias Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfen reduzieren zu können.

Insbesondere die von NomadInnen genutzten Weideflächen und somit die nationale Fleisch- und Milchproduktion sind bedroht. Der Mythos vom „ungenutztem“ Land muss also revidiert werden.⁹

⁵ GoK/MEMR (2010) National Climate Change Response Strategy: Executive Brief; April 2010, 13-16.

⁶ United Nations Framework Convention on Climate Change

⁷ KFRI (2010) Climate Change Mitigation Measures and Options: Land Use, Land Use Change and Forestry; Second National Communication to UNFCCC by William Omondi Oloo, Kenya Forestry Research Institute, July 2010, 4f.

⁸ GoK (2008) Food Security and Nutrition Strategy, 2008, 18.

⁹ Gaia Foundation et al. (2008) Agrofuels and the Myth of Marginal Lands; A briefing by Gaia Foundation, Biofuelwatch, African Biodiversity Network, Salva La Selva, Watch



Karte des Tana Deltas mit geplanten Agrartreibstoffprojekten, von FIAN besuchten Gemeinden und Wetterstationen.

Quelle: Schade, Jeanette (2011) Human Rights, Climate Change, and Climate Policies in Kenya, 53.

Die für die Agrartreibstoffproduktion vorgesehenen Pflanzenarten wie z. B. Jatropha und Zuckerrohr bergen außerdem die Gefahr, massiv in Ökosysteme einzudringen und einheimische Arten zu verdrängen. Der Anbau der fälschlicherweise als dürreresistent betitelten Jatropha-Pflanze führt langfristig zu Wasserknappheit und einer abnehmenden Wasserqualität im Anbaubereich.¹⁰ Deshalb warnte die GTZ im Jahr 2009 kenianische Kleinbauern vor dem monokulturellen Anbau von Jatropha und verwies auf die fehlende Wirtschaftlichkeit.¹¹

Es ist fraglich, ob die Pflanzen nachhaltig zu größerer Unabhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe, sowie zur Reduzierung des Gebrauchs von Holzbrennstoffen und somit zum Schutz von Waldgebieten und weniger CO₂-Emissionen beitragen können. Denn die Mehrzahl großangelegter Investitionsprojekte ist für den Exportmarkt und nicht für die Erzeugung von Waren für den Binnenmarkt angelegt.¹²

Nur ein Moratorium für den Export von Agrartreibstoffen wäre in der Lage den Ausbau unwirtschaftlicher und ökologisch fragwürdiger Monokulturen wirkungsvoll zu verhindern.

Indonesia and EcoNexus, September 2008.

10 Zum Mythos Jatropha siehe bspw. FIAN (2010) Landraub in Ghana: Der Agrartreibstoffboom schmiert das Geschäft.

11 Endelevu Energy (2009) Jatropha Reality Check: A Field Assessment of the Agronomic Viability of Jatropha and Other Oilseed Crops in Kenya; Commissioned by GTZ, December 2009.

12 PISCES (2011) Liquid Biofuels Strategies and Policies in Selected African Countries: A Review of Some of the Challenges, Activities and Policy Options for Liquid Biofuels; Working Paper prepared by Practical Action Consulting, June 2011, 35f.

Die neue Verfassung: Hoffnung für die Menschenrechte?

Alle großangelegten Investitionsabkommen für die Produktion von Agrartreibstoffen im Tana Delta wurden vor Verabschiedung der neuen Verfassung geschlossen.

Mit dieser wurde im Jahr 2010 erstmals eine Reihe international anerkannter Menschenrechte in das kenianische Rechtssystem mit aufgenommen. Darunter das Recht auf Wohnen, das Recht auf Nahrung, das Recht auf Wasser und das Recht auf eine saubere Umwelt. Außerdem verleiht sie der Besitzsicherheit unter anderem durch die Schaffung von Richtlinien für einen gleichberechtigten Zugang zu Land und zu gesicherten Landrechten stärkeres Gewicht.¹³ Besitzsicherheit ist sowohl für das Recht auf Wohnen als auch für das Recht auf Nahrung eine Grundbedingung. Daher könnten diese Richtlinien eine positive Rückwirkung auf diese beiden Menschenrechte haben.

Die Verfassung bringt auch zum Ausdruck, dass eine grundlegende Pflicht des Staates darin besteht, auch die Rechte und grundlegenden Freiheiten der verwundbarsten Bevölkerungsgruppen zu respektieren und zu schützen. Kenia hat jedoch bis heute das freiwillige Zusatzprotokoll zu den beiden Menschenrechtspakten, das unter anderem individuelle Klagen auf internationaler Ebene ermöglichen würde, nicht unterzeichnet.

Auch unterstützt es keine internationalen Gesetze, die explizit die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen auf das Land ihrer Vorfahren und der sich darauf befindenden Ressourcen schützen sollen.

Zwar wurde offiziell die Kategorie Gemeinschaftsland geschaffen, doch gleichzeitig wird hervorgehoben, dass Land und natürliche Ressourcen aller Art produktiv beziehungsweise gewinnbringend genutzt werden müssen und ebenso wie Gewässer, die meisten Wälder und unterirdisch zu findende Mineralien unter die Kategorie öffentliches Land fallen. Das hat zur Folge, dass, sollte ein vom Parlament bestätigtes öffentliches Interesse an einer Ausbeutung solcher öffentlicher Ressourcen entstehen, Menschen zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden können. Ausgleichszahlungen fallen in der Regel sehr gering aus.

Die Regierung verfolgt die Strategie, traditionelle, gemeinschaftliche Formen der Landnutzung durch individuellen Landbesitz zu ersetzen.¹⁴ NomadInnen und auch KleinbäuerInnen müssen deshalb befürchten, enteignet beziehungsweise von ihrem Land vertrieben zu werden, sollte es nicht „produktiv“ genutzt werden.¹⁵

Landgrabbing gefährdet Menschenrechte

Das Tana Delta ist eines der wichtigsten Feuchtgebiete Kenias mit einer reichen Biodiversität. Die Flußauen dienen als Anbaugelände sowie als Weideflächen für Vieh (Rinder, Schafe und Ziegen) während der Trockenzeiten.

Die Bewohner des Deltas sind in erster Linie KleinbäuerInnen und NomadInnen. Da die sozialen Bedingungen im Delta schlecht sind - ein Großteil der Menschen gilt als arm, für 96000 Menschen

13 Vergl. Art. 19, 21, 43, 69 of Kenya's New Constitution.

14 Schade, Jeanette (2011) Human rights, climate change, and climate policies in Kenya, 36f.

15 FIAN (2010) Landgrabbing in Kenya, Dezember 2010, 4.

gibt es nur einen Arzt, eine von vier Frauen stirbt während der Geburt, nur 34 Prozent der Erwachsenen können lesen und schreiben und 70 Prozent der Bevölkerung erhält zeitweise oder permanent Nahrungsmittelhilfen¹⁶ - sind lokale Autoritäten darum bemüht, Investitionsanreize zu schaffen, in der Hoffnung auf diese Weise Arbeitsplätze zu schaffen.

Deshalb sind im Tana Delta Investitionen für die Erzeugung landwirtschaftlicher Rohstoffe für die Produktion von Diesel, Ethanol und Zucker, auf einer Gesamtfläche zwischen 130 000 und 160 000 Hektar geplant.¹⁷ Lokale Menschenrechtsaktivisten befürchten, dass diese Megaprojekte zu der Vertreibung von bis zu 28 375 Menschen führen werden. Somit bedrohen die geplanten Projekte zentrale Menschenrechte der im Tana Delta lebenden Menschen. Auch könnte die Funktion des Deltas als eine Rückzugszone für NomadInnen aus dem Osten und Norden Kenias während der Trockenzeiten zerstört werden.¹⁸

Untersuchungen im Tana Delta haben ergeben, dass das Recht auf Nahrung, das Recht auf Wasser und das Recht auf Wohnen sowohl durch die Auswirkungen des Klimawandels als auch durch große Investitionsprojekte verletzt wurden. Schon jetzt gibt es Konflikte um Zugang zu Land und Wasser, die sich in Zukunft noch verschärfen werden.

Menschenrechtsanalyse und Fazit

Sollte die kenianische Regierung ihre Investitionspläne für das Tana Delta realisieren, ist es sehr wahrscheinlich, dass es zu weiteren schweren Verletzungen der oben genannten Menschenrechte kommt. Der Regierung kann schon heute unterstellt werden, dass sie grundlegende Menschenrechte insbesondere der ländlichen Bevölkerung systematisch ignoriert, indem Agrartreibstoff- und Ernährungssicherheitsstrategien verfolgt werden, die die Lebensgrundlage der BewohnerInnen des Tana Deltas in Gefahr bringen.

Bisher hat es Kenia versäumt, verfassungsmäßig festgeschriebenen Pflichten hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte nachzukommen und politische Lösungen insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit der prekären Lage ländlicher Bevölkerungsgruppen und ihrer fehlenden Besitzsicherheit zu erarbeiten.



Für diesen Hirten vom Volk der Orma wird das Weideland knapp, Marafa, Tana Delta, August 2008. © Anton Pieper

Letztlich ist es aber auch die Pflicht der Internationalen Gemeinschaft, die Rechte lokaler Bevölkerungsgruppen zu respektieren und zu schützen, indem keine falschen Anreize geschaffen werden. So wird beispielsweise der internationale CO²-Handel unter dem *Clean Development Mechanism* (CDM) von der kenianischen Regierung als Legitimation heran gezogen, ins Jatrophageschäft einzusteigen. Auch die von der EU propagierte Beimischungsquote für Agrartreibstoffe weist in die falsche Richtung und schafft für die kenianische Regierung und Unternehmen falsche Anreize.

Der Internationalen Gemeinschaft kommt die Aufgabe zu, Treibhausgasemissionen auf globaler Ebene zu reduzieren, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte in Kenia und anderen Staaten zu mindern.

16 DC (2008) Tana Delta District Development Plan 2008-2012; Tana Delta District Commission, Garsen, 16, 19f., 21, 121.

17 Vergl. FIAN (2010) Landgrabbing in Kenia, Dezember 2010, 2f.

18 Persönliches Gespräch mit Maulidi K. Diwayu, Kleinbauer im Tana Delta.

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Strasse 13
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-7020072

Förderung durch das Institut für Auslandsbeziehungen
(ifa) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes



Köln, Dezember 2011

Redaktion: Anton Pieper, Mona Plate
Gestaltung: Uschi Strauß

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung:

- Wir unterstützen Menschen, deren Recht auf Nahrung verletzt wird.
- Wir setzen uns bei Regierungen und den Vereinten Nationen für die Anerkennung des Rechts auf Nahrung und eine Stärkung des Menschenrechtssystems ein.
- Wir informieren und leisten Bildungsarbeit.

